

Datenschutzhinweis für die Vollstreckung von Geldforderungen

Information zum Datenschutz der Amtsverwaltung Brüssow (Uckermark) – Abteilung Kämmerei – für den Bereich Vollstreckung von Geldforderungen (Datenschutzerklärung)

Der Schutz Ihrer persönlichen Daten ist uns ein besonderes Anliegen. Wir verarbeiten Ihre Daten daher ausschließlich auf der Grundlage der gesetzlichen Bestimmungen. Mit dieser Datenschutzerklärung informieren wir Sie über die wichtigsten Aspekte im Rahmen der EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) und der Ihnen nach dem Datenschutz zustehenden Rechte.

1. Datenschutzhinweis Mahn- und Vollstreckungswesen

im Zusammenhang mit der Verarbeitung von Mahn- und Vollstreckungsbescheiden

2. Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen

Verantwortlicher im Sinne des Art. 4 Ziff. 7 DSGVO für die Verarbeitung personenbezogener Daten ist:

Amt Brüssow (Uckermark)
Amtsdirektorin
Prenzlauer Str. 8
17326 Brüssow
Tel.: 039742/ 8600
E-Mail: info@amt-bruessow.de.

3. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

Bei Fragen zur Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten, sowie zu Ihren Rechten rund um den Datenschutz wenden Sie sich bitte an:

Amt Brüssow (Uckermark) – vertraulich –
Datenschutzbeauftragte
Frau Zimmermann
Prenzlauer Str. 8
17326 Brüssow
Tel.: 039742/86034
E-Mail: y.zimmermann@amt-bruessow.de

4. Zwecke und Rechtsgrundlagen der Verarbeitung

Die personenbezogenen Daten werden zum Zwecke der Vollstreckung eigener Forderungen und von Forderungen aus Amtshilfeersuchen verarbeitet. Die Bereitstellung Ihrer personenbezogenen Daten ist zur Erfüllung unserer öffentlichen Aufgabe unumgänglich und gesetzlich vorgeschrieben. Sofern Sie Ihre personenbezogenen Daten nicht bereitstellen, kann das Amt Brüssow (Uckermark) weitere Ermittlungsmaßnahmen treffen. Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erfolgt in Aktensammlungen und automatisiert unter Einsatz technischer und organisatorischer Sicherheitsmaßnahmen gegen unrechtmäßige Veränderung, Vernichtung, unbefugten Zugang oder unbefugte Offenbarung. Ihre Daten werden auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 Buchstaben c, e DSGVO verarbeitet. Rechtliche Grundlage für die Ermittlung der Daten ist das Verwaltungsvollstreckungsgesetz für das Land Brandenburg (VwVGBbg) i. V. m. der AO und der Zivilprozessordnung (ZPO). Weitere Rechtsgrundlagen sind: Grundgesetz, Bürgerliches Gesetzbuch, Verwaltungsverfahrensgesetz, Verwaltungsgerichtsordnung, Verwaltungszustellungsgesetz, Verwaltungskostengesetz, Gesetz über die Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung sowie Insolvenzordnung.

5. Kategorien personenbezogener Daten

Es werden folgende Kategorien personenbezogener Daten von Ihnen verarbeitet:

- Adresse / Kontaktdaten,
- Personendaten,
- Bankverbindung / Mandat,
- Buchungsbelege,
- Daten zu Einkommensverhältnissen,
- Daten zu Vermögensverhältnissen
- Kontaktdaten wie Telefonnummer oder E-Mail-Adresse
- Kassenzeichen, erstellte Mahnungen und Vollstreckungsaufträge,
- Pfändungen zusätzlich ermittelte Daten wie Arbeitgeber, Rentenansprüche, Ansprüche gegen Dritte
- Daten aus Insolvenzverfahren.

Darüber hinaus werden Daten bezüglich geleisteter oder erstatteter Beträge gespeichert. Im Vollstreckungsverfahren können zusätzliche Daten bei Drittschuldnern (z.B. Kreditinstitut oder Arbeitgeber) erhoben und gespeichert werden.

6. Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten

Nur in gesetzlich ausdrücklich zugelassenen Fällen werden die personenbezogenen Daten auch für andere Zwecke verarbeitet oder weitergeben. Dies kann z. B. der Fall sein, wenn Gerichte und Strafverfolgungsbehörden ermitteln. Außerdem erfolgt eine Weitergabe personenbezogener Daten an Drittschuldner im Rahmen von Pfändung und an Gerichte im Zusammenhang mit Insolvenzverfahren und bei der Beantragung von Eintragungen ins Grundbuch und von Zwangsversteigerungen (ggf. an die Vollstreckungsgläubiger weitergegeben). Ihre personenbezogenen Daten werden nicht an unberechtigte Dritte, in Drittländer (Nicht-EU-Mitgliedsstaaten) oder internationale Organisation übermittelt.

7. Dauer der Speicherung der personenbezogenen Daten

Maßgeblich sind die Vorschriften der AO und der Kommunalen Haushalts- und Kassenverordnung. Die vorgegebenen Fristen betragen mind. 10 Jahre ab vollständiger Tilgung oder ab Verjährung der Forderung.

8. Betroffenenrechte

Nach der DSGVO stehen Ihnen folgende Rechte zu:

Werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet, so haben Sie das Recht, Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten (Art. 15 DSGVO).

Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht Ihnen ein Recht auf Berichtigung zu (Art. 16 DSGVO).

Wenn Sie in die Datenverarbeitung eingewilligt haben oder ein Vertrag zur Datenverarbeitung besteht und die Datenverarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren durchgeführt wird, steht Ihnen gegebenenfalls ein Recht auf Datenübertragbarkeit zu (Art. 20 DSGVO).

Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen (Art. 17, 18 und 21 DSGVO).

Sollten Sie von Ihren oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüft das Amt Brüssow (Uckermark), ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind.

Es besteht ein Beschwerderecht bei der

Landesbeauftragte für den Datenschutz und für das Recht auf Akteneinsicht
Dagmar Hartge
Stahnsdorfer Damm 77
14532 Kleinmachnow

Telefon: 033203/356-0

Telefax: 033203/356-49

E-Mail: Poststelle@LDA.Brandenburg.de.

Erläuterung der Abkürzungen

Art. - Artikel

AO – Abgabenordnung

DSGVO – Datenschutzgrundverordnung der Europäischen Union

VwVG Bbg – Verwaltungsvollstreckungsgesetz für das Land Brandenburg